

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6144
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. - Postzeitungslife Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 26 000 Exemplaren.

Inhalt.

Klassenjustiz. — Zur Statuten Vorlage. — Zur Grenzstreitigkeitsfrage. — Zur Lage der Gasarbeiter in Mainz. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Sprechsaal. — Anzeigen.

Klassenjustiz.

Die herrschenden Klassen führen, wer wollte daran wohl noch zweifeln, gegen die Arbeiterbewegung in schärfster Form den Massenkampf, und eines ihrer wesentlichsten Kampfmittel ist die Massenjustiz. Das ist gewiß keine neue, ungeliebte Entdeckung. Die gewerkschaftlich und die politisch organisierten Arbeiter haben diese Verfolgung schon seit mehr denn vierzig Jahren praktisch gemacht. Systematische Anklagenverfahren lösen schon längst mehr einen Zornessturm aus, so haben wir uns schon an die Massenjustiz gewöhnt. Aber es ist immerhin interessant, neue Wege für das Vorgehen der Klassenjustiz herauszufinden, die in den Gewerkschaften und Streikprozessen im bürgerlichen Gericht am unerbittlichsten zeigt. Es wurde eine wertvolle und lebende Aufgabe für parteiunabhängige Juristen sein, das einschlägige Material zu sammeln und in eine laufende Chronik der Massenjustiz zu fassen. Jeder Streikprozess und jeder andere gewerkschaftliche und politische Tendenzprozess mußte darin aufzufassen sein.

In ihrer bekannten Prosidüre gegen die Justizbauvorlage hatte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die meisten der sammeltaren Streikprozesse notiert. Seitdem haben wir manchen Zusatzenartikel vernommen. In den letzten Wochen spielte sich wieder so ein Tendenzprozess ab. Wir meinen den Notbuser Bergarbeiterprozess, der nach fünfzehntägigen Verhandlungen mit der Beihilfe der Verwalter Gartner und Fay wegen Verleumdung in sechs Monaten beim sechs Wochen Gesamtag beendet hat. Wir kennen die Einzelheiten dieses Prozesses hier nicht recht genau. Wir beschränken uns die Tagespreise. Hier finden wir aber Massenjustiz in Aktion. Merkmal.

Zurückgekommen und Sachverständigen hatten die Massenjustiz im Vordergrund. In demselben Sinne schreibt die „Arbeiterzeitung“, soll der Richter Massenjustiz treiben, er soll selbst und seine Mitarbeiter, und er soll die Macht der ihren bürgerlichen Charakter nachkommenden Mitglieder des Staats möglichst schnell von der Masse jener Staatsverwalter, die sich nicht nach dem öffentlichen Recht und Gesetz, sondern nach dem herrschenden Recht, dem das herrschende Recht, die die Bodenbesitzer der herrschenden Klassen in, hat auch er, endlich, die Macht in seinen und zu tragen vor allem gegen die Arbeiter, deren letztes Beispiel der Streik dieser Natur ist. In dem Streikfall soll der Staat nur „die Grundregeln des Staatsrechts“ anerkennen und die Streikenden zum Zustand bringen.

das nicht allein die einzelne Verbal- oder Meut Justiz, sondern das politische, staatsgefährliche Motiv, das hier zugrunde lag, den Ausschlag gegeben hat.

Die Sache wird noch interessanter dadurch, daß der deutliche Arbeiter sich neulich auf einem Abend beim preussischen Justizminister in seiner bekannten Art über die gegenwärtige Justizreform ausließ. Der Rechtslehrer Prof. Dr. Gierke sprach nämlich an diesem Abend über das Thema: „Die Stellung und die Aufgaben der Rechtsprechung im Leben der Gegenwart.“ Von der bürgerlichen Verhimmelung der Hohenzollern als Schirmherren und Hort der Rechtspflege, die sich der Professor da leistete, wollen wir gar nicht reden. Auf diesem Gebiete hat der Professor wohl alles abertummt, was bisher geboten wurde. Was interessiert mehr, daß dieser „Rechts“lehrer die deutliche Arbeiterbewegung mit folgenden Worten begeisterte:

„Eine große Partei schreift offen den Massenkampf auf ihre rote Fahne, entzieht den Arbeitern jeder geistlich gewerblichen Ordnung und sucht der Volksseele ihre heiligen Hebelwirkungen zu entreißen. Eine gewissenlose Presse schürt den Brand, malt ein Gerücht unserer Feinde und treibt taub die gültigen Töne der Wahrheit aus. Gerade in solchen Zeiten ist es doppelt wichtig, daß das Recht hart und fest bleibt.“

Die Rechtsprechung darf keinen Schritt zurückweichen vor dem neuerdings immer lauter erklingenden und sogar im Reichstage sich immer höher hervorragenden Vorwurf: Die heutige deutsche Rechtsprechung sei Massenjustiz! Wer erhebt diesen Vorwurf? Die Sozialdemokratie! Er ist die Antwort auf die gerechte Beurteilung sozialdemokratischer Anklagen. Aber er wird verallgemeinert und so fortwährend wiederholt, daß er leider auch in weiteren Kreisen nicht ohne Eindruck bleibt. Einzelne Mitarbeiter, die nicht ausbleiben können, werden maßlos übertrieben, andere durchaus unantastbare Vorgänge werden tendenziös entzerrt, ein reichliches Maß von Verleumdung und Lüge wird beigemischt. Der ganze Vorwurf ist nichts als ein hebräischer Vorwurf, an einer besonders bedrohlichen Stelle unserer Staatsbau zu unterhoblen.

Aber die Rechtsprechung wird in ruhigem Gleichmaß weiter ihres Amtes walten. Denn sie muß sich trotz aller Zitterbewegung halten, daß sie keineswegs irgend ein Massenbewußtsein, sondern umgekehrt gegenüber einem sich bedenklich absondernden Massenbewußtsein das Rechtsbewußtsein des Volkes in seiner ursprünglichen Einheit verteidigt. Es ist aber das herrschende Recht selbst, gegen das sich der Massenkampf aufbäumt. Und noch wird unser herrschendes Recht vom Volkseigentum getragen.“

Diese Rede hat des Meisters lobhaften Beifall gefunden. Der Herr Professor muß aber über die wahre Zeit seines Lebens mit dem Rechte geschickelt haben, wenn er meint, daß das herrschende Recht vom Volkseigentum getragen werde. Jedemfalls können wir uns für die Zukunft noch auf manche ähnliche Klänge vom Gerichte der Massenjustiz hören machen. Man muß nur die Verhandlungen der einzelnen Urteile in Streikprozessen durchlesen, um immer zu werden, wie man die großen bürgerlichen und proletarischen Massen aufeinander bringende Macht ist.

Wir können hier ein Urteil fällen, das in einem Prozeß gegen mehrere unserer Kollegen aus Anlass des Pfingsttag Gasarbeiterstreiks im verflochtenen Jahre gefällt wurde:

In der Strafsache gegen

A. M. aus Niederrhall, M. M. aus Kemersheim, G. M. M. aus
Fierzheim, M. E. aus Fierz

wegen Versuchs der Nötigung

hat das Großs. Schöffengericht zu Fierzheim in der Sitzung vom
3. Januar 1906, an welcher teilgenommen haben

1. Hr. Amtsrichter Vog als Vorsitzender, 2. Emil Ludwig
Recht, Sekretär hier, 3. Jakob Rothmann, Geldarbeiter in
Fierzheim als Schöffen, Rechtspraktikant Dr. Ludemann
Maurer als Beamter der Staatsanwaltschaft, Alwin Rude als
Gerichtsschreiber

zur Recht erkannt:

A. M. aus Niederrhall, Tagelöhner in Fierzheim, M. M. aus
Kemersheim, Ausländer in Fierzheim, M. M. aus Fierzheim, Geld-
schmied in Fierzheim, M. E. aus Fierz, Maurer, 3. J. im Landes-
gefängnis Freiburg

werden wegen versuchter Nötigung verurteilt:

A., M. und M. zu je

vierzehn Tagen Gefängnis.

E. zusätzlich zu der durch Urteil des Gr. Vorderrichts Marlerube
vom 21. Oktober 1905 gegen ihn erkannten Gesamtstrafe von
sechs Monaten abzüglich eines Monats Untersuchungshaft zu

drei Wochen

Gefängnis.

Die Verurteilten haben die Kosten zu tragen.

B. M. W.

G r u n d s a t z :

Am Montag, den 11. September 1905, sollten anlässlich des
Gaseisenwerks in Fierzheim zwei Arbeitswillige, Besatz und
Zettel, mit einem Wagen, den der Junge Hojler lenkte, ins Gas-
werk gebracht werden. Als der Wagen, in dem die Arbeitswilligen,
begleitet vom Direktor Erpf und Schuttmann, Schlenker, kamen, hielt
dem Gaswerk durch die östl. Mauer, die durch die und Gutmaier
Hofe nahe, zwangen ihm die vor dem Gaswerk befindlichen
Kante entgegen, teilweise in drohender Haltung.

Zwei Personen — die Angeklagten S und
M. — in die Regel (Geständnis und Junge M.), während auf die
rechte Seite des Wagens M. (Junge Erpf), auf die linke M. (Junge
Schlenker, Schlenker) in drohender Haltung mit erhobenen Händen
zugeschrien und dazu lauten und schrien.

Es wurde auch auf den Wagen emgeschlagen (Junge Keller);
nur dadurch, daß Hojler mit der Peitsche den M. auf den Kopf
schlug, ließ dieser die Pferde gleich wieder los und das Anführer
sehr rasch ins Gaswerk hinein.

Die Angeklagten wollen in keiner Weise gewalttätig aufgetreten
sein und nicht die Absicht gehabt haben, die Arbeitswilligen ab-
zuhalten.

Indessen nach der ganzen Lage des Falles ist gar nichts anderes
denkbar; S. hat früher dem Sergeanten Huber auch etwas
darauf abzielendes gesagt; als der Wagen kam, ließ es, jetzt
wolle man sehen, wer denn hier ist.

Die Erbitterung gegen die Arbeitswilligen war aber damals
schon so sehr gestiegen, daß man sie Tag und Nacht im Gaswerk
behalten und dort verhaften mußte. Waren die Arbeitswilligen
zu Fuß gegangen, heute man auf sie einwirken können; darum
stellte auch hier das Anführer anhalten und die Anführer zum
Aussteigen genötigt und es so ermöglicht werden, die Arbeits-
willigen von der Arbeit wegzubehalten.

Von den 4 Angeklagten,

A. E., geb. 12. 2. 74 in Fierz, Maurer; M. M., geb. 16. 5. 79
in Fierzheim, Goldschmied; M. M., geb. 26. 7. 75 in Niederr-
hall, damals Gasarbeiter, jetzt Tagelöhner; M. M., geb. 18. 2. 65
in Kemersheim, damals Gasarbeiter, jetzt Ausländer,
waren damals 3 (S., M. M.) im Gaswerk teilweise mit vorüber-
gehend beschäftigt gewesen. M. schloß sich weit als allgemeinem
Arbeitsinteresse an, sie waren daher an dem Streit und den Er-
gebnissen desselben hoch interessiert, und es war ihr offenkundiger Zweck,
Arbeitswillige fernzubehalten.

Dies gelang es nicht, wurde aber versucht in gewalttätiger und
bedrohlicher Zusammenkunft, andere durch Gewalt und Drohung,
durch das Anhalten des Wagens und das Erheben der Hände, Hin-
weis auf sonstige Kräfte, zur Unterbrechung des Eintritts als Gas-
arbeiter, zu veranlassen, was als Versuch der Nötigung — Ver-
such gegen § 249, 43, 17 St. G. B. — anzusehen ist.

Dah die Verurteilten im Voraus geplant und deswegen
die Zusammenkunft erzielte, ließ sich nicht erweisen.

Mit Rücksicht auf die Verhältnisse solcher Ausschreitungen war
eine empfindliche Strafe angebracht. Zu befürchten war man in
Veracht, daß die Angeklagten über nicht von sich aus tätige waren,
sondern nach andere Personen unter ihnen fanden und sie zum
Angriff beauftragten. Gegen S., der wegen einer ähnlichen Tat
im Jahre 1905 schon bestraft wurde, erkannte man daher auf
4 Wochen Gefängnis, gegen die übrigen auf je 2 Wochen Gefängnis.

E. ist durch Urteil der Strafkammer II Marlerube vom
21. Oktober 1905 wegen Körperverletzung, auch während der Straf-
zeit und bei einem ähnlichen Anfall begangen, zu 6 Monaten Ge-
fängnis verurteilt er verfuhr jetzt die Strafe; nach § 79,
74 St. G. B. sprach man daher eine Gesamtstrafe in der Form
der Zusatzstrafe aus und zwar 3 statt 1 Wochen.

Die Kosten haben die Verurteilten zu tragen. § 496, 197
St. Pr. C.

geg. G. d. B.

Nach unserer Auffassung ist es das Recht jedes Streitenden,
den „Arbeitswilligen“ plausibel zu machen, um was es sich handelt.
Das Anhalten eines Wagens ist nirgends in der Gesetzgebung
verboten. Nicht Straftäter sind geschlagen worden, sondern die
Streitenden vom Richter des Strafverhältnisses. Daß Ge-
waltigkeiten im Voraus geplant waren, ließ sich nicht erweisen.
Aber die „drohende Haltung“ und weil die Angeklagten an dem
Streit und seinen Erfolgen hochinteressiert waren und durch das
Erheben der Hände ließ sich auf versuchte Nötigung schließen. Mit
Rücksicht auf die Verhältnisse solcher Ausschreitungen war eine
empfindliche Strafe angebracht.

Das alles ist die in der Masse nicht maßgebende Auffassung.
Sache der deutschen Arbeiter ist es, durch gewaltige Organisations-
arbeit die Massenjustiz zu überwinden. Im neuen Deutschen Reich
muß sich die Öffentlichkeit daran gewöhnen, daß Arbeiterorgani-
sationen laute Erörterungen sind. Arbeiterrecht muß mehr durch-
dringen. Der Kampf der Arbeiter um die bessere Lebenshaltung
muß, als durchaus berechtigt anerkannt werden. Solche An-
sichtungen können aber nur auf den massiven Block der Gewerk-
schaften gestützt werden, der immer mehr in unserer sozialen
Entstehung sich erhebt. Darum, deutsche Gemeindeglieder: Es
ist eure getverdennte Pflicht und Schuldigkeit, hier mitzubekommen
und unter in Verbände beizutreten.

Zur Statuten-Vorlage.

In dem zum Kapitel Verhandlungsabgang § 40 der Vor-
lage befindet sich eine unvollständige Wiedergabe des Resultats
der Verhandlungsberatung. Es betrifft den Abzug B., der nach den
Verhandlungsbeschlüssen wie folgt vorgeschlagen wird:

Anßerdem haben die Regisseure, die amvendenen Vor-
standsmitglieder, der Vertreter des Verbandsausschusses und der
Revisoren ohne besonderes Mandat Sitz und Stimmrecht in
sachlichen Angelegenheiten.

Von den Verhandlungsmitgliedern müssen amvenden sein usw.

Die fettgedruckten Worte fehlen insofern eines Berichtens in
der Vorlage, und bitten wir die Mitglieder, sie handschriftlich ein-
zusetzen.

Der Verbandsvorstand.

Zur Grenzzeitungsfrage.

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

Kast erweist es den Anzeichen, als wenn das Vermittlungs-
mit den einzelnen Gewerkschaften betreffs der Grenzzeitungsfragen in un-
serem Organ wieder seinen Anfang nimmt. Trotzdem ist es diesem
oder jenem Verbandsfunktionär innerhalb unserer Gewerkschaft nicht
verargen will, daß er sich gegen die Angriffe der in Frage kommen-
den Gewerkschaften verteidigt. bin ich doch der Ansicht, daß die
Spezialzeitung der Zeitung zu etwas nützlicherem da sind, als unseren
Mitgliedern mit diesem gewöhnlich nicht sehr belehrenden Lesestoff
aufzuwarten. Dies könnte ich auch vor allen Dingen den in
Frage kommenden Verbandsfunktionären der anderen Gewerkschaften
empfehlen. Recht komisch finde ich das Annehmen der Antragsteller
in der Vorlesung der Zentralvorstände, welche es für eintausend hielten,
uns, falls wir den gefähten Beschlüssen nicht Rechnung tragen“, aus
den freien Gewerkschaften auszuschließen. Nun gut, uns soll's recht
sein, geschieht dies, so werden auch wir an dem Charakter einer
freien Gewerkschaft und Kampforganisationen soviel wie gar nichts
verlieren. Nur das Eine, werte Genossen, möchte ich Ihnen ver-
raten, daß, falls wir den gefähten Beschlüssen nachkommen, unsere
Organisation vollständig lahm gelegt wird. Wir 3 V. in Stuttgart
würden gezwungen nach den Konferenzen mindestens zwei-
drittel unserer Mitglieder an die Verbände abzutreten. Das
kann man von uns unter keinen Umständen verlangen und lassen
wir uns auch nicht gefallen. Wollen die anderen Gewerkschaften
in den Gemeindebetrieben organisieren, so mögen sie's tun.
Es wäre aber sehr wünschenswert, wenn man uns am Schluß des
Jahres das Resultat ihrer Bemühungen mitteilte. Was es heißt,
hundert Arbeiter zu organisieren, das wissen wir, die wir Tag für
Tag mit ihnen zusammen arbeiten, am besten. Darum, Kollegen,
bewahren wir vorläufig die größte Ruhe. Der Verbandstag ruft

naber, und nur das ist der maßgebende Faktor, der darüber entscheidet, ob wir uns den Beschläüssen der Konferenz zu fügen haben oder nicht. Gegen uns unsere Verarbeit wie bisher fort, auch auf die Gefahr hin, als „nicht freie“ Gewerkschaft zu gelten.
 Zittlin. C. Volland.

Zur Lage der Gasarbeiter in Mainz.

Fenarbeiter.

Gewöhnlich wird bei Anzählung der Städte, welche den Nacht- und Sonntag eingeführt haben, auch Mainz genannt. Das hat in Mainz nur teilweise Berechtigung. Zwar besteht im Gaswert I (altes Werk) die achtstündige Arbeitszeit, jedoch im Gaswert II (neues Werk) herrscht die zwölfstündige Arbeitszeit. Bekanntlich erlangen im Juni 1909 die damals in unserem Verbände organisierten Arbeiter des Gaswerks I noch zwei-tägigen Streik die achtstündige Arbeitszeit. Daß diese Verkürzung der Arbeitszeit wohlwollend auf die Gesundheitsverhältnisse eingewirkt hat, wird wohl niemand bestreiten, und wurde auch statistisch bewiesen. Wenn trotzdem immer noch eine hohe Krankheitsziffer besteht, so hat dies dazu seinen Grund, daß eben die meisten Arbeiter des Wasserfabrikbetriebes eingewöhnt haben. Doch wir können wohl behaupten, daß, während die frühere Arbeitszeit noch, mindestens $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ anderer Kollegen könnte nicht mehr im Feuerhause tätig sein. Dieser Mangel müßte schon genügen, um die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu begründen und zu beschleunigen. Damit kommen wir zu den Verhältnissen auf Gaswert II (Jugelsheimer Werks). Trotzdem die Arbeiter dieses Werkes schon seit Jahren um die Einführung des Achtstundentages petitionieren, hat man sich an maßgebender Stelle noch nicht dazu aufschwingen können, dieser nachig berechtigten Forderung stattzugeben. Zwar wurde im vorigen Jahre auf ungenügendes Trängen der Arbeiter das bisherige zwei-tägigen mit der achtstündigen Wechselarbeit in ein Dreiwandlungs-System mit einer Nachschicht umgewandelt. Doch ist diese Arbeitseinteilung noch lange nicht ideal, indem die Vorteile, die der Sommer bietet, im Winter in das Gegenteil umschlagen. Durch andauernd starken Schwelgerverlust ist der Fenarbeiter viel weniger widerstandsfähig gegen äußere Witterungseinflüsse als der normale Arbeiter. Waren doch im Laufe des Winters von 21 Fenarbeitern nicht weniger als 10 arbeitsunfähig krank, die anderen nicht gerechnet, die zwar arbeiteten, sich aber in ärztlicher Behandlung befanden. Daß hierbei auch die lange Arbeitszeit erheblich mitwirkte, mag sich aus folgendem ergeben. Es arbeitet ein Fenarbeiter im Gaswert II innerhalb eines dreiwöchigen Turnus 210 Stunden, im Gaswert I dagegen nur 168 Stunden; dementsprechend müßte der Arbeiter im neuen Werk auch einen höheren Lohn oder doch mindestens gerade so viel haben als der Arbeiter im alten Werk. Aber hier zeigt sich, daß im alten Werk für drei Wochen 95,00 Mk. oder im Durchschnitt 31,50 Mk. pro Woche, im neuen dagegen nur 90,20 Mk. oder wöchentlich 30,07 Mk. bezahlt werden. Wenn die Vertreter der Gewerkschaft gelegentlich mit der Verwaltung zusammen kommen, so wird seitens derselben stets darauf hingewiesen, daß das neue Werk nicht zur Einführung der achtstündigen Arbeitszeit geeignet sei, da man es hier mit schrägen Liegenden Melorken (System Gege) zu tun hätte. Auch die Chargierung würde nur alle zwei Stunden vorgenommen und sei das Fenhaus gut gelüftet und die Arbeit dadurch ganz erträglich. Gerade diese angeblichen Vorteile werden von den Fenarbeitern ganz ernsthaft bestritten. Man gehe nur einmal bei stürmischem oder trübem Wetter während einer Charge durch das Fenhaus! Diese von giftigen Gasen durchsetzte Luft, die Feer- und Schwefel-dünste, die das Atmen erschweren, der Auf, der in die Augen fliegt und das Sehen erschwert, das sind Lebensvernichter, die an und für sich schon ins Gewicht fallen. Dann erst die langen Chargierungen, welche sich oft bis zu $1\frac{1}{2}$ Stunden ausdehnen, in welcher Zeit die Arbeiter der oft unergieblichen Hitze ausgesetzt sind, so daß die- selben, hauptsächlich in der wärmeren Jahreszeit, ihre ganze Wellenstraße zusammennehmen müssen, um nicht schlapp zu werden. Nur selten sieht bei 6 und 7 Fenen zwei Partien in die Arbeit, aber bei 1 und 5 Fenen, wie es im vorigen Sommer der Fall war, ist die Arbeit geradezu mörderisch.

Darum dürfen die Fenarbeiter nicht eher ruhen und rasten, bis sie die Stadtverwaltung überzeugt haben, daß es eine Un-gerechtigkeit ist, ihnen die achtstündige Arbeitszeit vorzuenthalten. Zu einem weiteren Artikel werden wir die Lage der Gasarbeiter und Handwerker beleuchten.

Notizen für Gasarbeiter.

Hant. Die Gasarbeiter von Hant Wilhelmshaven, welche im Transportarbeiter Verbände organisiert waren, beschlossen am 20. März in einer gut besetzten Versammlung bei geheimer Abstimmung einstimmig den Austritt zum Gemeindebetriebsarbeiter Verband. Nach der Abstimmung legte der Sektionsleiter Kollege Wachtendorf seinen Kosen nieder und sprach den Gasarbeitern seinen besten Dank aus für das ihm bisher geschenkte Vertrauen. Alsdann wurden die bei der neuen Sachlage erforderlichen Maß-nahmen besprochen und beschlossen.

Aus unserer Bewegung.

Berlin I. (Gasarbeiter, Innen- und Außenbetrieb.) Mit-gliederversammlung am 1. April bei Trüffel. Die nur mäßig besetzte Versammlung hörte zunächst einen sehr lehrreichen und anregenden Vortrag des Genossen D. Schaubert über: „Politische und gewerkschaftliche Organisationsformen“, an welchen sich eine lebhaft Diskussion im Sinne des Referats idios. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Kollegen Lob Feinerung und Steuerhölle, welche letztere bei den Gasarbeitern sehr wider ganz besonders fest angezogen sei, immer noch nicht begriffen hatte, daß nur durch die Organisation eine Erleichterung dieses ungeheuren Druckes erreicht werden könne.

Sodann referierte Kollege Tittmer über: „Die bevorstehende Gasarbeiterkonferenz in Mainz.“ Er besprach in längeren Ausführungen die jetzige Lage und die Aussichten in der Berliner Gasproduktion. Die Einführung des Achtstundentages mache nur langsame Fortschritte. So soll jetzt erst noch, nachdem der Versuch an den schrägen Melorken als gelungen zu betrachten ist, an den geraden Melorken weiter verfußt werden. Es ist absolut notwendig, daß seine Raubheit und Jagbarkeit unter den Kollegen einreißt. Somit sieht zu befürchten, daß die definitive Einführung des Achtstundentages immer wieder hinausgeschoben wird.

Als Aufgaben der Konferenz bezeichnet der Referent in erster Linie: Stellungnahme zur Taktik der Gasarbeiter, obligatorische Einführung des 10 W. Kampffonds und Verkürzung der Arbeitszeit. Außerdem Einführung von Lohnskalen und hygienischen Ein-richtungen.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Kollege Maszubl hält es für besser, in der Frage des Kampffonds den Delegierten kein gebundenes Mandat zu geben. Die Ausführungen der übrigen Diskussionsredner betrafen vorwiegend örtliche Verhältnisse.

Folgende Resolution gelangte gegen wenige Stimmen zur Annahme:

Die Generalversammlung der Berliner Gasarbeiter ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ersucht die Gasarbeiterkonferenz insonderheit zur Frage von Gasarbeiter-Streiks sowie eines Kampffonds für alle Gasarbeiter Deutschlands Stellung zu nehmen. Die Versammelten halten die obligatorische Einführung eines 10 W. Kampffonds für alle organisierten Gasarbeiter für dringend erforderlich, unbedenklich der vom Verbands-tage event. beschlossenen Erhöhung der Verbandsbeiträge. Die Delegierten zur Gasarbeiterkonferenz werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken.

Sodann behandelte die Versammlung den Beschluß der Ver-trauensleute und des Vorstandes betr. die Angliederung des Außenbetriebes an die Sektion I Gasarbeiter. Mit einem kräftigen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und den Verband erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin IV. (Aus den englischen Gasanstalten.) Im Anschluß an die Protestversammlung bei Ebst in Schöneberg, die leider ein so bedauerliches Resultat zeitigte, fanden im Laufe der verfloffenen drei Wochen insgesamt 15 Betriebsversammlungen statt, welche zum großen Teil sehr gut besucht waren. Nur in einzelnen kleinen Betrieben ließ der Besuch zu wünschen übrig. Mit Bestimmtheit kann aber schon jetzt gesagt werden, daß sich die Direktion sehr taufachte, wenn sie annahm, daß durch Maßregelung von Pudlos, Sarenta und Idigkeit die Organisation erschüttert werden könnte. In allen Besprechungen konnte konstatiert werden, daß der Kampfes-mut der Kollegen ungebrochen ist. Das Thema in sämtlichen Ver-sammlungen war: „Die nächsten Aufgaben unserer Organisation.“ Und zwar wurde festgelegt, daß die erste Aufgabe die innere Festigung, besserer Ausbau des Vertrauenskörpers und intensivere Aufklärungsarbeit unter den Kollegen sein müsse.

Des weiteren wurden besonders die Aufgaben unseres nächsten Verbandstages einer eingehenden Erörterung unterzogen. Überall wurde der Ausbau unseres Unterstützungswezens für notwendig erachtet. Im großen und ganzen fanden die Vorschläge des Ver-bandsvorstandes in Nr. 10 der „Gewerkschaft“ allgemeine Zustimmung. Ferner wurde die Notwendigkeit der weiteren Erhebung des Kampffonds allseitig betont. Diese letztere Frage, wie auch die Frage der Grenzreitigkeiten soll in der Generalversammlung der Sektion eingehend erörtert und die Stellungnahme der Mit-glieder ausgesprochen werden.

Von besonderem Interesse war die Versammlung in Schöneberg. Hier war von einer gewissen Seite das Gerücht verbreitet worden, der frühere Mitarbeiter und jetzige Vertrauensmann, Kollege G., habe sich Unredlichkeiten zuzuschulden kommen lassen. Leider wurde dies von einer Anzahl Kollegen als bare Münze angenommen. Es wurde festgelegt, daß die Gerüchte vollständig auf Unwahrheit beruhen. Andererseits ward aber ausgesprochen, daß Kollege G. in keiner Weise seine Pflicht als Vertrauensmann erfülle. Ja durch sein Verhalten im Arbeitsverhältnis hat er sich das Miß-trauen der Kollegen in hohem Grade zugezogen. Er war nicht in der Lage, sein Verhalten zu rechtfertigen. Die Versammlung be-schloß, ihn seiner Stellung als Vertrauensmann zu entheben. Die Wahl sowie die Ergänzungswahlen fanden sofort statt.

Große Erregung rief in Schöneberg die Entlassung des Ausschussmitgliedes, Kollegen Mehan, hervor, der entgegen den Bestimmungen der Arbeitsordnung entlassen wurde, weil er Flugblätter weitergegeben haben soll. Wir fragen, was nützen die schönsten Bestimmungen der Arbeitsordnung, wenn sich die Verwaltung nicht daran hält. Und Herrn Thompson erklären wir, daß derartige Vorgehensweisen in keiner Weise geeignet sind, das Vertrauen der Arbeiter zu ihm zu stärken.

In Mariendorf entbrannte ein heißer Medekampf mit den Herren. Auf einmal erkannten die Herren, daß ein gemeinsames Handeln der Arbeiter notwendig sei. Wir sind verwundert über diese plötzliche Erkenntnis, nachdem noch kürzlich das hiesige Dundersee Ausschussmitglied gegen alle Anträge der Verbandkollegen gestimmt hatte und die schärfsten Maßregeln der Direktion gegen die Agitation unseres Verbandes forderte. Wir glauben vorläufig noch nicht an die Befreiung der Leiter, ja wir geben uns der Hoffnung hin, daß allmählich ihre Mitglieder zur Einsicht kommen werden, daß die hiesige Dundersee Organisation nur eine Schandgebilde unserer Bewegung bedeutet und ihr den Rücken kehren.

In der Versammlung für den Betrieb Gießereiarbeit wurde besonders das Verhalten des Herrn Köhler bei der Stöckerabteilung einer scharfen Kritik unterzogen. Der Herr, welcher erst seit kurzem dort sein Szepter schwingt und den Meister der Abteilung einfach beiseite drängt, scheint es besonders auf die Organisation abgesehen zu haben. Das Wahlrecht der Arbeiter scheint ihm unsichtbar zu sein. Ehe Herr Köhler den Arbeitern Vorhaltungen über ihre Rechte und Pflichten macht, möchten wir ihm raten, sein bescheidenes Wissen über bestehende Mißstände zu wehren. Welche Mißstände genau sind über Inanspruchnahmen bei Lohnzulagen und der Bezahlung von Nebenstunden.

Dieselbe Mißstände, besonders bezüglich der Lohnzulagen, wird von den Arbeitern des Elektrizitätswerkes Stealy gefordert. Hier sind noch Stundenlöhne von 3 Pf. zu verzeichnen. Als kurzlich eine größere Anzahl der dortigen Kollegen der Organisation beitreten, fühlte sich Herr Direktor Friedrichsen veranlaßt, seine Arbeiter zusammenzurufen und sie vor den Herren und Wählern zu warnen. Gleichzeitig machte er die Mitteilung, die Lohnliste zu unterzeichnen, um den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Auch ist ein Urlaub eingeführt worden, nach 5jähriger Tätigkeit 3 Tage, nach 10 Jahren 8 Tage. Man sieht, die Organisation schießt sofort das Gewissen der Arbeitgeber trotz Heber und Wähler.

In der Gasanstalt Weihenau fordert man ein politisches Führungsgremium, d. h. nicht von den Vorgesetzten und Beamten, sondern von den Arbeitern. Trotz alledem erweisen sich dort die Gunstlinge der Verwaltung als sehr -- minderwertige Elemente.

„Schuh den treuen Arbeitern“ lautet die Parole des Herrn Petz, des Leiters der Ammoniakfabrik. Ein seit kurzem eingestellter Arbeiter erkannte sich des besonderen Wohlwollens des Herrn P., weil er sich nicht der Organisation angeschlossen und ihm auch seine schätzenswerten Dienste in der Vergangenheit der Arbeiter leistete. Eines Tages fand nun letztere Tätigkeit ein drahtisches Urteil an einer bestimmten Stelle. Hieraus wurde Untersuchung nach dem Ursprung. Auf Grund von Schriftverzeichnungen wurde der Kollege Verber der Tat bezichtigt und entlassen. Die Entlassung ist einfach ungewöhnlich. Er hat 13 Jahre seine Pflicht erfüllt und wird auf Grund eines so schwachen Beweismittels entlassen. Die Kollegen halten die Verschuldigung gegen G. für falsch.

Die Vatermörderer nahmen in der letzten Versammlung gegen ihr Ausschussmitglied Schwederski Stellung. Schw. war bis vor kurzem Verbandmitglied, hat aber durch sein Verhalten in letzter Zeit die Interessen des Verbandes und damit der Kollegen schwer geschädigt. Von einer Verschärfung wurde im Hinblick auf die nur noch kurze Mandatsdauer Abstand genommen.

Charlottenburg. Eine mächtig besuchte Mitgliederversammlung tagte am 5. April im Volkshaus. Kollege Henze sprach über die Bedeutung unseres Verbandstages. In der Diskussion wurde allseitig betont, daß Charlottenburg einen Zehntel bestimmen müsse. Kollege Henze gab die Versicherung ab, daß niemand Charlottenburg diesen Streit machen würde. Man machte darauf diverse Forderungen und einige sich schließlich auf den Kollegen Jabel. Bei der Wahl des Sekretariatskomitees entspann sich eine längere Diskussion. Von einigen Mitgliedern wurde der Kollege Zieberts bedauert, allerdings auch zugestanden, daß dieses Amt Mühen und Anstrengungen mit sich bringe, die nicht jeder Kollege tragen kann. Kollege Jabel wurde darauf einstimmig als Vorkämpfer gewählt, als Stellvertreter Kollege Schimmler.

Zum Schluß brachte man noch einige Beschwerden vor, die aber bald abgelehnt sein dürften.

Hannover. Am 25. März fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Der Gemeindearbeiterverband und seine Taktik“. Referent war N. Schäfer aus Mainz. Der Referent legte einleitend dar, daß unser Verband auf dem Boden des Klassenkampfes stehe und in einer eingehenden Begründung, warum dies auch so sein müsse, bietet er den zu hörenden einen belehrenden Einblick in unsere wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge. Dann folgten noch einige Anmerkungen über christliche Moral und Klassenmoral, die es leicht

erklären, warum man den schon hochbefohlenen Beamten 1500 bis 2000 Mk. pro Jahr zulegt und die Arbeiter dabei verzögert, aber warum ehrbare Bürgerleute, denen es ohnehin schon ganz erträglich geht, in den Gemeindeparlamenten dafür sorgen, daß ihre Weizen auch weiter recht kräftig blühe, aber sehr unwillig werden über die beschädelte Arbeiterverbesserung. Zur Taktik des Verbandes übergehend, erläuterte der Referent an der Hand von Tatsachen, daß Angriffskomitees für uns keine großen Aussichten bieten, jedoch sei es nicht ausgeschlossen (mit Hinweis auf Bismarck), daß Abwehrkomitees eintreten. Die Erwartung auf Behörden müsse durch Petitionen, öffentliche Versammlungen und durch die Presse erfolgen. Die Arbeiterblätter müßten hierbei vorangehen, und deshalb dürften sie in keiner Arbeiterfamilie fehlen. Wenn jemand die Öffentlichkeit unbenutzt werde, so solchen Behörden, welche die gerechten Forderungen der städtischen Arbeiter zurückweisen. Die Gemeindebetriebe dienen der Einwohnerlichkeit als gemeinsame Anstalten, demgemäß sind alle städtischen Beamten nach sozialen Grundfragen anzurecht, nur bei den städtischen Arbeitern werden die kapitalistischen Grundkräfte in Anwendung gebracht. Die städtische Parteikontrolle behandelt den städtischen Arbeiter als nicht zur Gesamtheit gehörend, er sei Ausbeutungsobjekt im kapitalistischen Sinne. Man sei der Meinung, daß die allgewordenen Arbeiter trotz sein sollten, überhaupt noch einen Verdienst zu haben. Staat und Gemeinde seien festgefügte Organisationen, demnach müßte die Entlohnung, weil die Gesamtbevölkerung Anteil daran hat, auch entsprechend gestaltet sein. Das Programm unseres Verbandes fordere die Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Arbeitsnachweise und der Entlassungsfragen, Urlaub ohne Lohnabzug, Bezahlung der Feiertage, Bezahlung der Differenzen zwischen Lohn und Krankengeld, Einführung einer gesunden Arbeiterfürsorge sowie von Arbeiterauschüssen und freien Wohnstätten. Sodann vertritt der Referent den Standpunkt, daß die Gesamtheit der städtischen Arbeiter als ein einziger gemeinsamer Arbeitskörper zu betrachten sei. Demgemäß müsse auch die gewerkschaftliche Vereinigung der städtischen Arbeiter, deren Notwendigkeit auch die Sommerurlaube Kollegen ersehen, eine einheitliche sein und sei der Gemeindearbeiterverband die einzige zuständige Organisation. Die Erwerbslosen des Verbandes seien als große zu bezeichnen. Eine Statistik der Lohn-erhöhungen der letzten fünf Jahre müsse nach dem, was bis jetzt bekannt ist, ganz erstaunliche Summen ergeben. Die sozialen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses, was unter anderem auch der Sommerurlaub, die Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, der Aufschlag und die Hinterbliebenenfürsorge, die Reform der Arbeitsordnungen, Arbeiterauschüsse und vieles andere mehr gehören, seien das Resultat andauernder und intensiver gewerkschaftlicher Arbeit. Zum Schluß weist Referent noch auf die Bedeutung der geplanten Gewerkschaftenunterstützung hin, der jedenfalls auch der Mainzer Verbandstag zustimmen werde. Der Vortrag klang in das Schillerwort aus:

Immer strebe zum Ganzen, und laßst Du selber
sein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ; an ein Ganzes Dich an!

Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie verpflichtet sich, für den weiteren Ausbau der Organisation mit allen Kräften Sorge zu tragen, und soweit es noch nicht geschehen ist, dem Verbande beizutreten.“

Eine Anzahl Renaufnahmen waren zu verzeichnen. -- In den verschiedenen Betriebsbesprechungen wurden manche Mißstände erörtert. So erhalten die Manufakturwerker bei einem Lohn von 30 Pf. pro Stunde keine Schmutzulage. Einige hat man sie allerdings geben müssen, und zwar den bei den Hausfrauenähnlichen Beschäftigten. Diese Arbeit lag früher in Privat Händen und die Unternehmer zahlten die Schmutzulage, und deshalb mußte die Stadt bei der Hebernahme sie vorbehalten.

Beim Stadtbauamt betragen die Löhne 30--50 Pf. Die nötigen vor 10 Jahren mal ungefähr ausgereicht haben, aber heute! Mein Schimmer von Abnung. An Schülern fehlt es dagegen nicht.

Die Straßenkehrer sollen im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sein und bei ihrer Einstellung 35 Jahre nicht überschritten haben. Lohn 25 - 28 Pf. pro Stunde! Die Elektrischen Beleuchtung zahlt 30 Pf. Stundenlohn, was natürlich auch viel zu wenig ist. Bezüglich des Nebenlohnes und der Hinterbliebenenfürsorge fehlt hier auch jede Sicherheit. Die Arbeitsordnungen sind wenig zeitgemäß; Arbeiterauschüsse gibt es nicht und Feiertage werden vom Lohne getrennt. Die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld wird nicht gezahlt. Also, es ist noch viel zu tun.

Magdeburg. Am 17. März hielten wir unter leidlicher Beteiligung unsere regelmäßige Monatsversammlung ab. Nach einer ungewöhnlichen Minderung der Tagesordnung wird über die Beitragserhebung debattiert. Als einleitender Redner trat Kollege Th. auf. Er betonte, daß wir eine Erhöhung der Beiträge nicht un-

gehen können. Dem schloßen sich wohl sämtliche Redner an. Die anwesende Debatte ließ erkennen, daß keine ernstliche Gefahr der Preiserhöhung anwesend waren; es wurde mehr um die Höhe der Beiträge gesprochen. Ein Kollege empfahl pro Woche 40 Pf., die Mehrzahl sprach für 30 Pf. Wochenbeitrag. Dem Vorschlage des Vorsitzenden konnte man sich jedenfalls noch nicht recht anschließen. Es wäre wohl zu empfehlen, die ganze Materie näher zu studieren. Jetzt steht, daß mit den erhöhten Unterhaltungen auch höhere Beiträge gezahlt werden müssen, doch darf die Organisation dabei nicht den Charakter verlieren. Auch müsse der schwache Verdienst einzelner Arbeiterkategorien mit in Betracht gezogen werden. Aus letzterem Grunde ließe sich eine Klassifizierung der Beiträge rechtfertigen.

Darauf wurde die Kassafrage wohl vorgenommen, die Angelegenheit des Stillungssteiges erledigt und die Abrechnung vom Winterbezugem beiseite, die einen Heberzins von 3 Mk. zu Gunsten der Aktiastelle ergab. Nachdem noch einige Äußerungen, nahmen mehrere Kollegen Stellung zur Delegiertenfrage und bemängeln, daß zwei Quartale hierfür zurande gelegt seien. Zum Schluß wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Zimmermann durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Mühlhausen i. Gf. Öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter am 27. Mai. Besuch sehr gut. Kollege Parler aus Stuttgart hatte über folgendes Thema das Referat übernommen: 1. Die Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter. 2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und ihre Organisation. Der Redner führte aus: Durch die gegenwärtige Steuerpolitik werden die hohen Summen, die für Heer und Marine gebraucht werden, zum großen Teil aus dem arbeitenden Volk herausgepöckelt. Durch die Erhöhung der Löhle seien die Lebensmittel, besonders in letzter Zeit, ganz gewaltig gestiegen. Dem gegenüber müsse auch der Lohn der Arbeiter angehört werden, wenn sie nicht noch mehr hungern sollen, als sie es bis jetzt zum Teil schon tun mußten. Von diesem Gesichtspunkt aus hätten verschiedene Städte ihren Arbeitern Teuerungszulagen gewährt. In Mühlhausen seien die Lebensmittel auch bedeutend gestiegen, aus diesem Grunde sei auch eine Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter notwendig und zwar sei eine Lohnzulage von 2 Mk. die Woche nicht zu hoch. Im zweiten Teil seines Vortrages kam der Redner auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter im allgemeinen zu sprechen. Sodann besprach Redner die Arbeits- und Lohnverhältnisse der hiesigen städtischen Arbeiter. Die Lohn- und Dienstordnung entspreche auch keineswegs den heutigen Verhältnissen. Das Wortchen „Lohn“ spiele in derselben eine zu große Rolle. Alles soll und kann nur durch den Bürgermeister geschehen. Da sei die Lohn- und Dienstordnung der städtischen Arbeiter der Stadt Straßburg von einem fortschrittlichen Geist durchweht. Der Straßburger Bürgermeister könne keineswegs so auf seine Rechte wie der hiesige. Durch die heutige Dienstordnung sei bei der Anstellung der Arbeiter der Willkür Tür und Tor geöffnet. Die Arbeiter seien in fünf Klassen eingeteilt, und es hänge vielfach von der Güte der Betriebsleiter ab, ob ein Arbeiter zu den besten oder schlechtesten bezahlten Arbeitern eingeteilt wird. Auch das Reglement bezüglich des Arbeiterausdresses und der Wahl desselben zeuge keineswegs von fortschrittlicher Gesinnung der Stadtwirtschaft. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, die Organisation auszubauen; nur dann seien die Arbeiter in der Lage, ihre Rechte zu vertreten.

In der Diskussion sprach zuerst Genosse Oßel. Auch dieser Redner zeigte den Anwesenden an Hand von Beispielen, daß heute die Arbeiter ohne Organisation ihre Rechte nicht verteidigen können. Genosse Martin betonte, daß die sozialdemokratische Reaktion die Forderungen der Arbeiter prüfen und ihnen nach Möglichkeiten zur Durchführung verhelfen werde. Er kritisierte unter dem Vorfall der Versammlung die Beamtung des Gemeinderatsbeschlusses betr. Erweiterung des Sommerlades der städtischen Arbeiter durch den Bürgermeister. Sollte der Herr Bürgermeister verhindern, die Durchföhrung der Forderungen der Arbeiter zu verhindern, so wird die sozialdemokratische Reaktion kein Mittel unversucht lassen, um diesen Widerstand zu brechen. In der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute, den 27. März, im Lokale „Zur Sonne“ tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter Mühlhausens erhebt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden.

Sie erklärte ferner die in der Arbeitsordnung vom 17. Dezember 1903 festgelegten Arbeitslöhne infolge der in der letzten Zeit eingetretenen Preissteigerung sämtlicher Lebensmittel für durchaus ungenügend, und erwarten daher, daß die Stadtverwaltung eine Teuerungszulage in Form einer außerordentlichen Lohnserhöhung erwahlt.

Sie halten dies für um so notwendiger, weil mit Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß die hohen Preise der Lebensmittel nicht nur kranken bleiben, sondern sich bei den meisten und notwendigsten Artikeln noch erhöhen werden und dadurch der Unterschied zwischen dem verdienten Arbeitslohn und den zum Leben nötig werdenden Mitteln um so drückender empfunden wird.

Des ferneren hatten die Versammelten eine Revision der in der Arbeitsordnung enthaltenen Bestimmungen über die Ständigmachung der Arbeiter und über das Entlassungsrecht für dringend nötig; ebenso verlangen die Versammelten, daß das Reglement für den Arbeiterausschuß in einer den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechenden Weise abgeändert wird.

Da die Vertretung und Vertreibung dieser Forderungen nur durch eine starke materielle Organisation gewährleistet werden kann, so versprechen die Anwesenden, ihr möglichstes dazu beizutragen, damit die noch fernstehenden Arbeiter der hiesigen Filiale des deutschen Gemeindeförderbundes als Mitglieder zugeführt werden. Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung der Aktiastelle, in Verbindung mit dem Arbeiterausschuß, umgehend diejenigen Schritte zu tun, die sie zur Durchführung obiger Forderungen für nötig erachtet.

Zum Schluß der Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß zu der Versammlung alle Gemeinderatsmitglieder eingeladen waren, daß aber von Demokraten und Liberalen kein einziger erschienen sei.

München. (Katernenwörter.) Am Sonntag, den 1. April, fand im Restaurant „Peterstaler“ vormittags 10 Uhr eine öffentliche Versammlung der Katernenwörter statt, in welcher Kollege Sebald über das Thema: „Welche Wünsche haben die Katernenwörter an die Stadtwirtschaft“ referierte. Redner beleuchtete die misslichen Verhältnisse der Katernenwörter, Lohn, Urlaub usw. und kam zu dem Schluß, daß die Arbeitszeit eine derartige sei, daß von einer Nebenbeschäftigung überhaupt keine Rede mehr sein könne.

Auf Grund eines sorgfältig gesammelten Materials lieferte Redner den Beweis, daß andere Städte in dieser Beziehung schon bedeutend fortgeschritten sind und auch zum Teil schon den Katernenwörter als regulären städtischen Arbeiter anerkennen, und was die Hauptsache ist, ihn auch dementsprechend bezahlen. Als ein Hauptübelstand ist zu verzeichnen, daß die Löhne und Katernenwörter nicht Tienstmantel geliefert bekommen; diese wären in der rauhen Kadtluft besonders notwendig. Auch wird viel geklagt über den Aufseher Reithmeier, der anscheinend eine innere Befriedigung hat, wenn er wieder den einen oder anderen melken konnte. Dieses bedeutet für den also Beglückten jedesmal einen Abzug von 5 (fünf) Mk.!! Dieses geradezu drakonische Strafsystem muß unbedingt abgeschafft werden, weil es den allereinfachsten Begriffen von Recht und Gerechtigkeit geradezu ins Gesicht schlägt.

In der Diskussion erklärten verschiedene Katernenwörter die misslichen Verhältnisse, unter denen sie sich durchschlagen müssen und gaben der Erwartung Ausdruck, daß der Magistrat hier einmal Wandel schaffen möchte. Eine Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden, einem Mann und einem Katernenwörter und Bezirksleiter Sebald wurde beauftragt, bis zur nächsten Versammlung einen an den Magistrat zu leitenden Entwurf auszuarbeiten.

Im Schlussswort erwähnte Sebald die zahlreich erschienenen Katernenwörter, sich mehr wie bisher zusammenzuschließen. Wer sich abhebt, ist abt Verrat an seinen eigenen Kollegen. Es sei eine alte Erfahrung, daß sich der gute, zuverlässige Arbeiter organisiert, während sich der minderwertige mit allen möglichen Winkelzügen durchs Leben schlagen will. Deshalb gibt es auch für die Münchener Katernenwörter nur die Parole: „Sinein in den Gemeindeförderverband.“

Hürnberg. Am 1. April fand im Saale der Restauration zum „Sächsischen Hof“ eine ausgezeichnete öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Der Entwidlungsengang der deutschen Gewerkschaften. 2. Die nun erfolgten jammerlichen Lohnzulagen, und welche Stellung nehmen die städtischen Arbeiter ein zur Forderung einer Teuerungszulage.

Das Referat zum 1. Punkt der Tagesordnung hatte in liebenswürdiger Weise Arbeitersekretärin Genosin Grünberg übernommen. Sie schilderte die schrankenlose Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft, die jahrelang dem Herrscher der Kapitalisten ausgeliefert war. Es habe sich in Deutschland dasselbe Bild gezeigt wie hundert Jahre vorher in England. Die Arbeiterin sah manche Parallele in der andauernd vorrückenden Entwidlungsgeschichte der sozialen Bewegung in Deutschland mit der in England. Dem Aufleben deutscher Gewerkschaften in den 70er Jahren des vorletzten Jahrhunderts folgte, nachdem staatsanwaltschaftliche Verfolgungswut sich als ohnmächtig erwies, die sozialdemokratische Periode. Doch selbst die drakonischste Polizeiwelt konnte das deutsche Gewerkschaftsleben nicht dauernd tadeln, und so sehen wir jetzt die deutschen Organisationen der Arbeiter sich kraftvoll entfalten. Mit einem von Herzen kommenden und zum Herzen gehenden Mahnruf zur Organisation schloß Rednerin unter großem Beifall ihren vorzüglichen Vortrag. Zum 2. Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Kassel das Wort. Ausgehend von einer Erklärung des ersten Bürgermeisters v. Schuh, abgegeben im Dezember 1901 in öffentlicher Magistratsitzung, es sei zu erwägen, ob nicht, nachdem die Staatsbeamten, Bediensteten und Arbeiter Lohnzulagen erhalten, auch den städtischen Arbeitern derartige Zulagen bewilligt werden sollen, gibt uns Kassel ein Resümé über die damit in Verbindung stehenden Vorgänge im Jahre 1906. Dem Bestreben des Stadt-

magistrats Nürnberg, die schlechten Löhne der städtischen Arbeiter aufzuheben, kam unsere Organisation zu Hilfe. In einer im Februar 1905 abgehaltenen öffentlichen Versammlung städtischer Arbeiter wurde beschlossen, in einer Eingabe eine allgemeine Arbeitsordnung mit anhängendem Lohnstarif zu fordern. Der Entwurf einer allgemeinen Arbeitsordnung mit Lohnstarif wurde eingereicht und vom Magistrat dem wirtschaftlichen Ausschuß überwiesen. Es wurde folgender Lohnstarif veranlagt:

Lohnklasse I: Anfangslohn 1 Mk.; Hochlohn 5,50 Mk.;

Steigerung alljährlich um 25 Pf. bis zum Hochlohn.

Lohnklasse II: Anfangslohn 2,50 Mk.; Hochlohn 5 Mk.;

Steigerung alljährlich um 20 Pf. bis zum Hochlohn.

Lohnklasse III: Anfangslohn 3,50 Mk.; Hochlohn 4,50 Mk.;

Steigerung alljährlich um 20 Pf. bis zum Hochlohn.

Lohnklasse IV: Anfangslohn 3,20 Mk.; Hochlohn 4,20 Mk.;

Steigerung alljährlich um 20 Pf. bis zum Hochlohn.

Lohnklasse V: Anfangslohn 3 Mk.; Hochlohn 4 Mk.;

Steigerung alljährlich um 20 Pf. bis zum Hochlohn.

Das ganze Jahr 1905 hindurch hörte man vom wirtschaftlichen Ausschuß und seinen Beisitzern zu allgemeiner Arbeitsordnung und dem Lohnstarif nichts mehr. Dagegen gingen Fleisch und Lebensmittelpreise neben den Wohnungspreisen mehr und mehr in die Höhe. Eine immer härtere Unterernährung, und wo das nicht der Fall war, eine Verdrängung eines wesentlichen Teiles der städtischen Arbeiterschaft trat ein. Da für 1906 geplante Jubiläumsländerausstellung warf durch systematische Steigerung der Wohnungspreise ihre Schatten voraus. Um nun dem sich breit machenden Elend entgegenzutreten, verlangten die städtischen Arbeiter in zwei größeren Versammlungen vom Stadtmagistrat die sofortige Bewilligung einer Feuerungszulage. Die letzte dieser Versammlungen fand am 11. November 1905 mit einem Referat des Landtagsabgeordneten Seitz statt. Endlich im Dezember gab der Stadtmagistrat einem Wechselbols von Lohnstarif das Leben, und am 30. Dezember erteilte das Gemeindefolkium seinen Segen dazu. Es ist ein interessanter Lohnstarif. Es ist darin vorgesehen für alle ständigen gelernten Arbeiter Smaliges Vorrücken von 3 zu 3 Jahren um je 2 Pf., für alle ständigen ungelernten Arbeiter Smaliges Vorrücken von 3 zu 3 Jahren um je 2 Pf. Nun kommen aber nicht die angeführten Arbeiter sämtlich 1906 in den Genuß der Lohnzulage, sondern die vor 2 Jahren eine Zulage erhielten, warten noch ein Jahr, die voriges Jahr mit einer Lohnhöhung bedacht wurden, sogar zwei Jahre. Diese jämmerliche Zulage sollte am 1. Januar 1906 in Kraft treten, aber der Magistratsapparat im Verein mit den Betriebsleitern hatte so vorzüglich gearbeitet, daß man erst Mitte März 1906 mit der Aufstellung der Lohnlisten fertig wurde und an das Auszahlen der „Lohnzulagen“ gehen konnte. Nun ist aber von der Lohnzulage der weitaus große Teil der städtischen Arbeiter ausgeschlossen. Es galt noch einmal anzusehen, um auch für diesen Teil eine Verbesserung herbeizuführen. Zu diesem Zwecke fand am 11. März eine große öffentliche Versammlung statt, die von über 900 städtischen Arbeitern besucht war. Diese Versammlung nahm eine Resolution an, in der der Magistrat aufgefordert wurde, für den nicht von der Zulage betroffenen Teil der städtischen Arbeiter wenigstens auch eine Lohnzulage einzutreten zu lassen. Diese Versammlung brachte Leben in die Wude, und siehe da, die Rathausmühlen mahnten schneller. Man bewilligte eine Feuerungszulage von 50 Mk. in Viertelsjahresraten von 12,50 Mk. an die von den Lohnzulagen nicht betroffenen Arbeiter. Diejenigen, welche nur 1 Pf. Lohnhöhung erhielten, bekommen die Differenz von 20 Mk. ausbezahlt. Das war der magistratischen Weisheit letzter Salb. Die städtische Arbeiterschaft hat aber das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Hauspächter haben wieder angesichts der Ausstellung die Miete um 50-100 Mk. angehoben. Das, was der Magistrat bewilligte, haben die Hausbesitzer den Arbeitern wieder aus der Hand gerissen. Ja es steht nach Eröffnung der Ausstellung eine Wohnungskalamität in Aussicht. Die Preise werden gewaltig steigen, man rechnet pro Bett und Nacht 4-15 Mk. Da quartiert man bei einem derartigen Profit die ständigen Mieter gern aus und richtet Fremdenzimmer ein. Mit die Ausstellung vorbei, dann kann zu erhöhten Preisen der Miets wieder die Wohnungen bezogen. In der Magistratsitzung, in der die Feuerungszulage bewilligt wurde, machte der zweite Bürgermeister, Herr v. Jäger, seinem gerechten Herzen Luft. Er fing also an: Die städtischen Arbeiter hatten in letzter Zeit den Magistrat mit Resolutionen bedrängt. Es soll den städtischen Arbeitern das Recht nicht genommen werden, ihre Meinung zu sagen. Diese Versammlungen finden aber unter dem Vorhinein des Herrn Jäger statt und die gefassten Resolutionen werden von ihm an den Magistrat eingehandt. Die Frage, ob bei solchen Anlässen Personen, die außerhalb des Kreises der städtischen Arbeiter stehen, eine Antwort gegeben werden soll, ist entschieden zu verneinen. Der Magistrat stimmte dem zu. Punktum. Das ist so recht bezeichnend für den Geist, der im Nürnberger Rathaus sein Wesen treibt. Nicht Anerkennung der Organisation, deren im eigenen Hause wollen wir sein. Die städtischen Arbeiter dürfen froh sein, aus Gnade und Pardonbescheid befreit zu werden. Nicht zwei Kontrahenten stehen sich gegenüber, der Stadtmagistrat als Arbeit-

geber der die Arbeitskraft des städtischen Arbeiters braucht und ausnützt und der städtische Arbeiter, der seine Arbeitskraft so teuer wie möglich verkauft. Nein, ersichtsgebende Ratsherrn mit strengem Mord und großer Feindschaft und vor ihnen liegen im Staube wuschelnd und bettelnd Arbeiter, welche der großen Gnade teilhaftig werden wollen, in städtischen Diensten um ein Almosen beschäftigt zu werden. O Reichsstadt Nürnberg! Und unter solchen Umständen einen städtischen Arbeiter, der noch im Dienste steht, an der Spitze der Organisation? Dem wurde aufs Maul geschlagen, daß ihm für ewig und immer die Lust verginge, die Wünsche und Forderungen seiner Kollegen vorzutragen.

Stettin. Eine sehr gut besetzte Versammlung der städtischen Arbeiter fand am Sonntag, den 25. v. M., im Lokale des Genossen Puchholz statt. Als Referenten fungierten die Genossen Groß und Pollack. Genosse Groß vertrat es in vorlesender Weise, den Anwesenden die traurigen Verhältnisse der Gemeindefunktionäre in der heutigen Konfession zu schildern. Als eine geradezu schreckende Ungerechtigkeitsbezeichnung er das heutige Zwischenmehrwert, weil die Arbeiterinnen dadurch nur die Hälfte und oft noch weniger ihres Arbeitsverdienstes erhalten. Der Redner erzielte für seinen aufstrebenden Vortrag, den wir leider nicht ausführlich wiedergeben können, hervorragenden Erfolg.

Mollatze Pollack sprach über die Lage der städtischen Arbeiter. Die heute gezahlten Löhne sind so erbärmlich, daß der größte Teil der städtischen Arbeiter gezwungen ist, Frau und Kinder mit ins Loch der Arbeit zu spannen, um sich wenigstens dadurch vor dem ihm sonst drohenden Hungertode zu retten. Betragen doch die Löhne jetzt bei der Strohhalmmanufaktur, Paul und Anlagen, Puchhof, Straßen und Wegbau, Manufaktur und Friedhofsverwaltung 2,50-2,90 Mk. pro Tag. Mit einem derartigen Lohne ist es aber bei den heutigen Feuerungspreisen nicht gut möglich, mit einer dreitöpfigen Familie seine Existenz zu fristen, viel weniger noch, wenn die Familie 6-8 Köpfe zählt, wie es bei einer ganzen Reihe von städtischen Arbeitern der Fall ist. Letztere sind gezwungen, sich Tag für Tag mit dem in Arbeiterkreisen eingeführten Proletariatslohn zu begnügen. An Fleisch ist in diesen Familien gar nicht zu denken. Auch ist die Arbeitszeit in manchen Betrieben eine derartig lange, daß sie mit den gezahlten Löhnen nicht in Einklang zu bringen ist. So müssen z. B. die Brückenwärter im Sommer von morgens 4 bis abends 8 Uhr, also ununterbrochen, für den fürstlichen Lohn von sage und schreibe 2,50 bis 2,90 Mk. arbeiten. An eine Bezahlung der 6 Überstunden ist gar nicht zu denken. Ein wahrer Mißereignis in dieser Beziehung ist der Freibafen. Ist es doch vorgekommen, daß Arbeiter in 14 Tagen 60-70 Überstunden gemacht haben. Es ist geradezu haarsträubend, welche freibafisches Spiel hier die Verwaltung mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter treibt. Abhilfe wäre dringend nötig. Angesichts dieser so überaus traurigen Zustände haben sich die städtischen Arbeiter veranlaßt, in diesem Jahre an den Magistrat eine Eingabe zu richten um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche auch teilweise von Erfolg war. Nachdem Redner noch den Anwesenden die Verhandlung unserer Petition im Stadtparlament hat gele, ermahnte er dieselben, in diesem Jahr ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Nur dann sei es uns möglich, schneller zum Ziele zu gelangen und den Magistrat zu bewegen, unseren berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen.

An der Diskussion beteiligte sich der Genosse Groß, welcher den Anwesenden die Bedeutung der Arbeiterpresse vor Augen führte. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband der Gemeindefunktionäre schloß der Vorhinein die imposante Versammlung. 13 neue Mitglieder wurden aufgenommen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute im Lokale des Genossen Puchholz tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen der beiden Referenten voll und ganz einverstanden. Die Versammelten sind der Ansicht, daß die Verhältnisse der städtischen Arbeiter dringend einer Besserung bedürfen. Als Mittel zu einer durchgreifenden Besserung ihrer Lage betrachtet die Versammlung den Eintritt in den Verband der städtischen Arbeiter und es verpflichten sich alle Anwesenden, unter ihren Kollegen dahin zu wirken, daß dieselben bis auf den letzten Mann in den Verband eintreten, damit die Arbeitervertreter im Stadtparlament in der Lage sind, ihre ganze Kraft für die Forderungen der städtischen Arbeiter einzusetzen. Desgleichen verpflichten sich alle Anwesenden, so weit deren Frauen und Töchter in der Konfession beschäftigt sind, dahin zu wirken, daß diese sich dem Verbande der Schneider und Schneiderinnen anschließen.

Wiesbaden. Mitgliederversammlung am 1. April. Mollatze Puchholz berichtete über die letzte Kartellung und betonte, daß jetzt ein ganz anderer Zug in den Kartellungen herrsche als früher. Das sei in der Hauptstadt dem Arbeitersekretär Gen. Ph. Müller zu danken. Besonders kamen, seitdem Genosse Müller auch den Vorsitz im Kartell führe, viele Gegenstände auf die Tagesordnung, die außerordentlich zur Belehrung der Delegierten dienen und erheblich auf die ganze hiesige Gewerkschaftsbewegung wirkten. Moll. Ph. Schaefer berichtete über die letzte gemeindefunktionäre Sitzung der örtlichen Gewerkschaftsvorstände. Das Arbeitersekretariat stände

auf einer guten Grundlage, denn die Einnahmen betragen im Jahre 1905 1821,25 Mk., die Ausgaben mit Abschaffung von Zinsen nur 2113,78 Mk., so daß ein Stellenbestand für 1906 in Höhe von 2375,87 Mk. verbleibe. Das Modell sei übrigens auf eine neue Grundlage gestellt und ein neues Regulatorium geschaffen worden. Im weiteren machte Herr Schärer die Ausschußmitglieder auf die Aufgaben bei den nächsten Sitzungen aufmerksam. Die nächsten Meister und Seibel gestellten sofort die unabweisbaren Entlohnungen auf dem Gewerke. Es wurden immer nur organisierte Kollegen dabei in die Prämie. Deshalb müsse die neuen ermittelte eingeschritten werden. Als Kandidaten zum Vorstand wurden Herr Schärer, Joh. Weber und Joh. Pahl vorangetragen, von denen einer in einer außerordentlichen Wahlversammlung als Delegierter gewählt werden soll. Eine recht anregende Diskussion entspann sich über die Sitzung der Zentralkommission, wobei unserem Verband zu übermäßig wurde. Von einer Reichsversammlung wurde abgesehen und dem Verbandstage der richtige Weg zu finden. Hoffen wir, daß alle richtigen Kräfte zum Wohle und Gedeihen der freien Gewerkschaftsbewegung und zum Aufblühen unseres Verbandes eintreten werden.

Rus den Stadtparlamenten.

Maffel. Unser Übertragener beantragte eine „Teuerungszulage“ von jährlich 3000 Mk. Eine diesbezügliche Vorlage des Magistrats, die auch eine Gehaltserhöhung einer Anzahl von Beamten von je 500 Mk. vorsah, fand jedoch nicht die Zustimmung der Stadtkonferenzversammlung. Derselbe Magistrat lehnte es ab, eine Lohnaufbesserung der Arbeiter in Erwägung zu ziehen. Bei Beratung des Etats des Gewerkes in der Stadtverordnetenversammlung vom 24. März teilte Stadtverordneter Jordan, der einzige Sozialdemokrat im Maffeler Stadtparlament, diese Tatsache mit. Jordan beantragte, daß der Magistrat in Erwägung ziehen soll, inwiefern den städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren ist und er begründete seinen Antrag wie folgt: In vielen Städten sind den Arbeitern der städtischen Werke Teuerungszulagen gewährt worden, ebenso in der Stadt Wanne in vielen privaten gewerblichen Etablissements. Unmöglich könne sich die Stadt als Arbeitgeberin in diesem Falle unterscheiden. Daß eine ungemessene wirtschaftliche Teuerung, hauptsächlich der Lebensmittel, herrsche, habe der Bürgermeister in seinem geistigen Referat, sowie auch andere Herren in der Ausschussberatung zugegeben. Er bitte, daß alle Stadtverordneten diesem Antrage zustimmen. Er habe noch eine weitere Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die den Warenverkauf des Meisters Preßler in der Gasanstalt an die ihm unterstellten Arbeiter betreffe. An der Kommission seien die Verrechnungen des Meisters zugegeben worden und er hoffe, daß der Magistrat Vorkehrungen treffen, um ähnliche Vorkommnisse zu verhindern. Bürgermeister Rehm: Der Magistrat hat die Teuerungszulage abgelehnt, weil er in seiner Mehrheit überhaupt nicht für Aufbesserungen des Lohnes in dieser Form ist. Außerdem war als Grund der Ablehnung maßgebend, daß die Löhne der städtischen Angestellten erst im Jahre 1904 aufgebessert wurden. Der Meinung des Magistrats nach auch heute noch auskömmliche sind. Wenn der Stadtv. Jordan eine Reihe von Orten genannt hat, die Teuerungszulagen gewähren, so sei das kein Grund für Maffel, nun auch mitzumachen. Maffel könne auch einmal zu denjenigen Städten gehören, die keine Teuerungszulage gewähren. Stadtv. Rosenfeld verliest eine Liste der nach dem 1901er Tarif zu zahlenden Löhne. Stadtv. Sandrock kann den Standpunkt des Magistrats nicht teilen und beantragt, das städtische Amt möge Erhebungen veranstalten, um festzustellen, wie hoch die Löhne der städtischen Arbeiter in anderen Großstädten und wie die Teuerungsverhältnisse hier und in anderen Städten sind. Jordan: Die Löhne der Arbeiter in Privatbetrieben sind wesentlich höher als die den städtischen Arbeitern gezahlten. Hier 350 Mk. wird heute kaum ein Arbeiter auch bei der geringsten Verdienststeigerung entlohnt. Übrigens ist die Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter nur die Konsequenz der Teuerungszulagen an die außerbüchlichen Beamten. Die Gründe des Magistrats für die Ablehnung des Antrages sind unbillig. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen. Weber: Die Staatskommission hat eine Ertragsschätzung begeben, die jedoch der Magistrat aus den bereits angeführten Gründen abgelehnt hat. Ich halte die Gewährung einer ungemessenen Lohnaufbesserung für angangig. Die städtischen Arbeiter nähern sich mehr den Beamten, haben daher Anspruch auf höhere Stellung und Rückzahlung der Wohlfahrtsleistungen; deshalb brauchen sie keine höheren Löhne als die in Privatbetrieben Verdienenden, sondern sogar mit Rücksicht auf die genannten Vergütungen mit geringeren Löhnen zufrieden sein. Der Standpunkt des Magistrats halte ich für bedenklich. Auch Angehörige des Mittelstandes leiden unter der Teuerung mehr noch als mancher Arbeiter.

Zudem stimmt Jordan zu, daß die Löhne vieler städtischer Arbeiter nicht die Höhe der in Privatbetrieben gezahlten erreichen.

Es müsse eine Vermittlungsform der Teuerungsentwöhnung gefunden werden. Jordan: Herr Weber hat auf die Wohlhabenden einzuwirken, um die niederen Löhne zu rechtfertigen. Wie schwer es aber ist, sich den Genuß der Wohlhabenden zu sichern und wie leicht es ist, einen Augenblick aus der Verhaftung zu bringen, kann ich an einem Fall beweisen. Ein Arbeiter in der Gasanstalt, der seit Jahren zur Zufriedenheit der Vorgesetzten tätig war, der aber das Unlück hatte, im Laufe eines Jahres dreimal zu erkranken, ist ohne Angabe von Gründen entlassen worden, als er sich nach der Genesung von dem Krankheitsfall zur Wiederaufnahme der Arbeit meldete.

Der Antrag Jordan wird einstimmig angenommen, der Antrag Sandrock abgelehnt.

Wie ist es ja nicht - aber es ist doch einmal etwas. Daß die städtischen Arbeiter, besonders die Gasarbeiter, von dem gegenwärtigen Regime nichts zu erwarten haben, das weiß nachdrücklich jedes Maffeler Kind. Zahlreiche im letzten Jahre eingeleiteten Anträge zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden abgelehnt. So der Antrag vom 24. März für die Metortenhausarbeiter, die Erhöhung der Löhne, ja selbst die Bildung eines Arbeiter-Ausschusses. Nichts, rein gar nichts für die Arbeiter. Wie lange noch werden sich die Arbeiter dieses bieten lassen? Werden sie zur Vernunft kommen oder werden sie zur Kunde der Herren Direktoren sich lassen und immer wieder kassieren? Maffeler Kollegen! Verträumt nicht die Zeit, verlornt nicht das Talent!

Reinhardt a. d. Ost. Die an anderer Stelle unseres Blattes besprochenen Entlohnungen fanden auch am 26. März in der Stadtverordnetenversammlung scharfe Anfechtung. Außerdem kamen durch die sozialdemokratischen Stadträte die Verhältnisse der städtischen Arbeiter zur Sprache, wobei es sich lebhaft berührte. Besonders die Mittelstandsleute beklagten sich, daß für die städtischen Arbeiter zu viel getan werden könne. Es müßte der kleine Geschäftsmann und zwar der kleine Bauer, Mann herhalten, die gar nicht wissen, warum sie mit ihrem Verdienst leben, denen es viel schlechter gehe wie den städtischen Arbeitern, und die obendrein auch alle die Annehmlichkeiten haben, denen der Arbeiter nichts wisse. Es würden dabei noch allerlei mittelständereiterische Kapitulationen produziert, die erkennen ließen, wie wenig man sich die Lage der Arbeiter in diesen Städten vorstellt. Am dies recht zu erproben, sollte man einmal mit den städtischen Arbeitern tauschen. Der Stadtrat Stein ergriff ein längeres Referat über die Lage der städtischen Arbeiter. Es habe anderthalb Jahre gebraucht, bis diese Sache auf die Tagesordnung gesetzt sei. Die 79 von der Stadt beschäftigten Arbeiter seien unter allerlei Umständen. Eine Arbeitsordnung fehlt ganz. Im Gewerke herrsche zwölftündige Arbeitszeit, es werde dort sogar 24 Stunden hintereinander gearbeitet. Im Wasserwerk sei zehntündige und in der Schwebelung elftündige Arbeitszeit. Die Löhne seien sehr gering, bis zu 2 Mk. pro Tag betrag. Der Referent schloß eine neue Arbeitsordnung vor, die ihm, wenn er's recht gefiele, immer noch nicht weit genug gehe. Sie enthalte einige Reformen. Die von ihm vorgeschlagenen Lohnaufbesserungen würden im ganzen 8000 Mk. jährlich betragen. Dann sollte man Sommerurlaub einführen, die in die Woche fallenden Feiertage bezahlen, Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung treffen, Waisenangelegenheiten bieten und die Arbeitszeit im allgemeinen auf höchstens 10 Stunden beschränken. Bezüglich des Gewerkes erinnert Referent daran, daß in 90 verschiedenen deutschen Städten der Achtstundentag eingeführt sei.

Weitere Herren unterstützten den Referenten, dann kamen aber auch die entgegengesetzten Anschauungen zu Worte. Herr Stadtrat Hellfried hatte die Führung. Er meinte, daß diejenigen, welche immer und immer wieder nur für Arbeiterinteressen einseitig eintreten, keine richtigen Stadträte seien. Zum Arbeiter sei durch Verleumdungsegoisten geführt. Wer Sorge aber für den Mittelstand? Der Herr Kommerzienrat mußte sich von Herrn Stein belehren lassen, wo Einseitigkeit in der Interessenvertretung herrsche. Dann wies noch der Herr Wappler in das Mittelstandshorn, während Herr Holzjariel die Arbeiterfrage kräftig unterstützte.

Bürgermeister Wand: Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt jetzt schon nur zehn Stunden. Die Mehrausgaben von 8000 Mk., die Herr Stein für die neue Arbeitsordnung ausgerechnet hat, würde sich nach sechs Jahren allmählich auf 13 100 Mk. erheben. Was die Bemerkungen des Herrn Holzjariel betrifft, so haben wir nicht nur Gelder für die von ihm angeordneten Zwecke, sondern wir haben bezüglich der Armenpflege an einer Stelle in der ganzen Stadt. Ich bin der letzte, der den Arbeitern ihren Verdienst nicht gönnt, und ich wäre auch der letzte, der etwas dagegen hätte, daß die Arbeiter sich zusammenschließen, sich organisieren. Ich unterhalte jährlich lieber mit einem Ausfluß von zwei bis drei Zentnern, als mit der ganzen Arbeiterkraft. Wir sind in der Stadtverwaltung so arbeiterfreundlich, als nur möglich. Die Seite und wahre Arbeiterfreundlichkeit liegt auch in der Anerkennung des Sozialenstandes. Wir wollen hoffen, daß der Herr Bürgermeister und mit ihm alle seine Kollegen immer diesen Standpunkt einnehmen moegen. D. R. Herr Geisel hat fernerhin die Arbeitsordnung geistig, die uns gestattet, Leute, die nicht mehr voll arbeitsfähig

sind, zu beschäftigen. Wenn wir nun Leute einstellen wollten, welche die volle Arbeitskraft besitzen, würde unser Armenbudget noch mehr belastet und es wärd so schon unbefriedigend. Auf der anderen Seite kann man aber doch von uns nicht verlangen, daß wir Leuten, die nur zu zwei Dritteln arbeitsfähig sind, einen ganzen Lohn geben. Das wäre ja eine Benachteiligung der Vollarbeiter. Im übrigen müßte die Länge der Arbeitszeit noch geprüft werden. Jemand, der die Straße über, arbeitet doch nicht so intensiv wie ein Arbeiter, der eine Maschine zu bedienen hat. Soviel wie uns bekannt ist, ist die Straßenreinigungsbauarbeit durchaus nicht so leicht. Es gehört rechtliche Geschwindigkeit und Kraft dazu. In den Großstadtbetrieben kann die Arbeit deshalb, weil diese Arbeit so schwer ist und schlecht bezahlt wird, eine starke Abwanderung im Straßenreinigungsbetriebe, z. B. Was nun die Wagnisse angeht, so würde ich empfehlen, den Arbeitern Villetts für die Straßensäuberer zu verabschieden, vielleicht Sonntags. Es wird sich ja dann zeigen, wie oft hiervon Gebrauch gemacht wird.

Das Resultat der für Neustadt bisher ungenutzten sozialpolitischen Debatte war die Ablehnung der Streikenden Anträge. Tagelang wurde beschlossen, die Arbeitszeit generaliter auf zehn Stunden täglich, unter möglicher Vermeidung von Überstunden, festzusetzen und den Arbeitern Vordereinstellung zu gewähren. Ferner wurde erklärt, daß künftighin die Entlassungen nach dem Tarifalter erfolgen sollen.

Sprechsaal.

War der Verbandsvorstand berechtigt, bei der Berechnung der Delegiertenzahlen zwei Quartale zugrunde zu legen?

Eine recht eigentümliche Ansicht scheint beim Verbandsvorstand gebräuchlich zu haben, als er die Wahlkreiserteilung für den Verbandstag vornahm. Es wurde nicht, wie es sonst wohl üblich war, die Abrechnung des letzten Quartals als Unterlage genommen, sondern man zog das 3. Quartal mit hinzu und nahm nun das 3. und 4. Quartal zusammen als Unterlage für die Wahlkreiserteilung. Diese Manipulation scheint er nun deswegen vorgenommen zu haben, um die Zahl der Delegierten recht niedrig zu schrauben. Als Grund dafür wird angegeben, daß eine Anzahl Aktiven für das 3. Quartal recht wenig und für das 4. Quartal mit recht viel gezahlten Wochenbeiträgen abgerechnet haben. Haben diese Aktiven mit den vielen Wochenbeiträgen die Verbandskasse wohl zu schwer belastet? Den Verbandsvorstand scheinen die höheren Geldsendungen fürchtbar unangenehm zu sein. Es werden nahezu lächerliche Gründe für diese Handlungsweise angegeben. Sollten vielleicht die betreffenden Aktiven, die doch zweifellos im letzten Quartal eine höhere Mitgliederzahl hatten als im 3. Quartal, mit noch weniger Wochenbeiträgen abgerechnet werden? Oder sollte vielleicht den Aktiven mit den vielen Wochenbeiträgen ein Dämpfer aufgesetzt werden, damit in Zukunft die höheren Geldsendungen unterbleiben? Die Verbandskasse scheint mir aber doch nicht an allzu großer Kapitalanhäufung zu leiden. Oder doch etwa? Diese Stellen sollen nun nicht dazu dienen, um mit dem Verbandsvorstand zu streiten, ob ein paar Delegierte mehr oder weniger auf dem Verbandstag erwidern. Es kommt hier lediglich darauf an, wer der Verbandsvorstand berechtigt, diese Wahlkreiserteilung so vorzunehmen, wie es geschehen ist? War diese Handlungsweise recht? Wenn der Verbandsvorstand glaubt, daß er sich das erlauben kann, dann ist es Zeit, daß hier der Verbandstag eine feste Grenze für den Verbandsvorstand zieht, wonach er in Zukunft zu handeln hat, denn es ist doch nicht ausgeschlossen, daß bei der nächsten Gelegenheit der Verbandsvorstand nicht ebenso handeln, ja noch rigorosere vorgehen wird. Es könnte leicht der Fall eintreten, daß beim nächstenmal die Aktiven für die beiden letzten Quartale mehr Wochenbeiträge abliefern als für die beiden ersten. Dann kommt der Verbandsvorstand und sagt, diese Manipulation ist nur gemacht, um die Zahl der Delegierten in die Höhe zu schrauben; wir nehmen die beiden ersten Quartale mit hinzu und nehmen so von allen vier Quartalen die Unterlage zur Wahlkreiserteilung. Wäre es da nicht besser, man setzt gleich für immer die Zahl der Delegierten fest. Schreibt jeder Aktive vor, wie viel Delegierte sie zu entsenden hat und die Sache wäre auf immer erledigt. Der Verbandsvorstand bleibt dann von einer großen überflüssigen Arbeit verdonnt, da er sich doch so wie so schlecht darin zurechtfindet. Und für die Aktiven ist der Reiz, mit recht vielen Wochenbeiträgen abzurechnen, verloren gegangen. Jedenfalls werden die Aktiven, die mit recht vielen Wochenbeiträgen abgerechnet, in Zukunft etwas vorzüglicher sein müssen.

Bremen.

J. r. Reifner.

Anmerkung des Verbandsvorstandes: Die hier vom Kollegen Reifner Bremen gemachten Ausführungen kann man vielleicht begründlich finden, da Bremen gerade im 4. Quartal 101 zahlende

Mitglieder verzeichnet; unwiderrprochen darf das Eingekaufte aber doch nicht bleiben. Vor allem nicht sicherlich fest, daß dem Verbandsvorstand bezüglich der Wahlkreiserteilung keinerlei Vorwürfe gemacht sind. Der Verbandsvorstand hätte ohne Zweifel seiner Einteilung das 1. Quartal 1905 allem zugrunde gelegt, eine Anzahl Quartalsabrechnungen erwidern aber den Anschein, als seien sie speziell nur deshalb so angefallen, weil man noch 1 oder 2 Delegierte herausbringen wollte. Das Wagnis der Aktiven und mit ihnen das des Verbandes beruht auch der Vorstand, das braucht wohl hier gar nicht mehr beachtet zu werden. Der Grund für unser Vorgehen kann also schon deshalb nicht im normalen Steigen unserer Mitgliederzahlen liegen, sondern muß anderer Natur sein. Wir wollen deshalb hier mit einigen Zahlen aufwarten. Eine Aktive, die sonst immer mit 100 bis 500 Mitgliedern abrechnet, ließ es im 3. Quartal 1905 bei reichlich 300 bewenden, im dann im 4. Quartal 1905 mit über 700 abrechnen; während sie nach dem 3. Quartal nur einen Delegierten gehabt hätte, hätten sie nach der Rechnung vom 4. Quartal drei Delegierte zugehört. Einige andere Aktiven liegen im 3. Quartal 1905 die zahlende Mitglieder an Stärke heruntergehen, trotzdem die nominelle Zahl geboten waren. Im 4. Quartal kamen aber dann ganz bedeutend höhere Ziffern heraus (gleich 300, 400 und 500 Steigerung). Berücksichtlich wurden auch Vorkontrollen durchgeführt, um so mehr Beiträge zu haben. Andere Beweise lassen sich noch anführen. Es genügt aber untreulich an dem Gesagten. Wir sind nun der Meinung, daß Kollege W. weit, sehr weit über Ziel hinausgeschossen hat. Seine Argumentation geht den Vorstand der ungenutzten Kenntnis und der absichtlichen Benachteiligung einzelner Aktiven, und hiergegen müssen wir Verwahrung einlegen. Hoffentlich ist nun auch der Kollege Reifner davon überzeugt, daß wir im Interesse der Gesamtheit der Kollegen so verfahren mußten.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

Josef Volkmer, Breslau 22. März 1896 im Alter von 62 Jahren.	Adolf Werlein, Pforzheim 27. März 1896 im Alter von 69 Jahren.
--	--

Ehre ihrem Andenken!

Inserem Kollegen
Otto Hellert
und seiner Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zu der am 1. April statt
gehabten **Hochzeitfeier**.
Sektion Lichtenberg-Berlin
(Gasanstaltsarbeiter).

Berlin-Schöneberg
Inserem Kollegen
Max Schmalz
nebst seiner jungen Frau
die herzlichste Gratulation
zum **Hochzeitestage** am
12. April.
Die Kollegen
der Sektion Schöneberg.

Inserem Kollegen
Richard Lehmann
nebst Frau
zu der am 7. April statt
gehabten **Hochzeit** die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen im V. Revier
Berlin,
(Gruppe Revier-Inspektionen)

Inserem Verbandskollegen
Karl Koch
nebst Frau
zu ihrer **Silberhochzeit** die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Magdeburger Kollegen.

Filiale Heidelberg.
Inserem Vorstandsmitglied
Johann Augler
und dessen Ehefrau
die besten Glückwünsche zur
silbernen Hochzeit!

Es fehlen:
Gewerkschaft 1905 No. 15
Sanitätswarte 1904 No. 5
Wir bitten uns jedes vor-
handene und etwa überflüssige
Exemplar sofort einzulenden.
Der Verbandsvorstand.